

Impressum:

Herausgeber: Landratsamt Berchtesgadener Land

Redaktion: Landratsamt Berchtesgadener Land, Salzburger Straße 64, 83435 Bad Reichenhall

Das Amtsblatt erscheint in der Regel wöchentlich.

Zu beziehen beim Landratsamt Berchtesgadener Land (Druckversion) und online unter www.lra-bgl.de

Amtsblatt Nr. 22 vom 28. Mai 2024

Inhaltsverzeichnis:

Bek. Nr.

Landratsamt Berchtesgadener Land

Vollzug des Art. 82 Abs. 3 Landkreisordnung (LKrO)

Einsichtnahme in Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr 2020 1

Vollzug des Art. 82 Abs. 3 Landkreisordnung (LKrO)

Einsichtnahme in Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr 2021 2

Vollzug des Art. 82 Abs. 3 Landkreisordnung (LKrO)

Einsichtnahme in Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr 2022 3

Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung

des Landkreises Berchtesgadener Land

(Abfallgebührensatzung - AbfGebS) 4

Stadt Bad Reichenhall

Öffentliche Bekanntmachung einer Baugenehmigung

Aufstockung des bestehenden Möbelhauses mit einem zurückgesetzten Dachgeschoss

Bad Reichenhall, Münchner Allee 34 5

Bodenrichtwertliste zum Stichtag 01.01.2024;

Öffentliche Auslegung gemäß § 12 Abs. 2 Gutachterausschussverordnung (BayGaV) 6

Gemeinde Airing

Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung der Bodenrichtwertliste

zum Stand 01. Januar 2024

gemäß § 12 Abs. 2 Gutachterausschussverordnung (BayGaV) 7

Bek. Nr. 1

Landkreis Berchtesgadener Land

Vollzug des Art. 82 Abs. 3 Landkreisordnung (LKrO)

Einsichtnahme in Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr 2020

Gemäß Art. 82 Abs. 3 der Landkreisordnung (LKrO) hat der Landkreis jährlich einen Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, wenn ihm mindestens der 20. Teil der Anteile des Unternehmens gehört.

Für das Geschäftsjahr 2020 wurden für folgende Unternehmen der Beteiligungsbericht erstellt und dem Kreistag in der Sitzung am 17. Mai 2024 vorgelegt:

- Berchtesgadener Land Wirtschaftsservice GmbH
- Energieagentur Südostbayern GmbH
- Wohnbauwerk im Berchtesgadener Land GmbH
- Kliniken Südostbayern AG und deren Tochterunternehmen

Gemäß Art. 82 Abs. 3 Satz 4 LKrO wird darauf hingewiesen, dass jeder Einsicht in diesen Beteiligungsbericht nehmen kann (Landratsamt Berchtesgadener Land, Salzburger Str. 64, Bad Reichenhall, Zimmer Nr. 29, während der üblichen Öffnungszeiten).

Bad Reichenhall, den 17. Mai 2024
Landratsamt Berchtesgadener Land

Bernhard Kern, Landrat

Bek. Nr. 2

Landkreis Berchtesgadener Land

Vollzug des Art. 82 Abs. 3 Landkreisordnung (LKrO) Einsichtnahme in Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2021

Gemäß Art. 82 Abs. 3 der Landkreisordnung (LKrO) hat der Landkreis jährlich einen Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, wenn ihm mindestens der 20. Teil der Anteile des Unternehmens gehört.

Für das Geschäftsjahr 2021 wurden für folgende Unternehmen der Beteiligungsbericht erstellt und dem Kreistag in der Sitzung am 17. Mai 2024 vorgelegt:

- Berchtesgadener Land Wirtschaftsservice GmbH
- Energieagentur Südostbayern GmbH
- Wohnbauwerk im Berchtesgadener Land GmbH
- Kliniken Südostbayern AG und deren Tochterunternehmen

Gemäß Art. 82 Abs. 3 Satz 4 LKrO wird darauf hingewiesen, dass jeder Einsicht in diesen Beteiligungsbericht nehmen kann (Landratsamt Berchtesgadener Land, Salzburger Str. 64, Bad Reichenhall, Zimmer Nr. 29, während der üblichen Öffnungszeiten).

Bad Reichenhall, den 17. Mai 2024
Landratsamt Berchtesgadener Land

Bernhard Kern, Landrat

Bek. Nr. 3

Landkreis Berchtesgadener Land

Vollzug des Art. 82 Abs. 3 Landkreisordnung (LKrO) Einsichtnahme in Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2022

Gemäß Art. 82 Abs. 3 der Landkreisordnung (LKrO) hat der Landkreis jährlich einen Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, wenn ihm mindestens der 20. Teil der Anteile des Unternehmens gehört.

Für das Geschäftsjahr 2022 wurden für folgende Unternehmen der Beteiligungsbericht erstellt und dem Kreistag in der Sitzung am 17. Mai 2024 vorgelegt:

- Berchtesgadener Land Wirtschaftsservice GmbH
- Energieagentur Südostbayern GmbH
- Wohnbauwerk im Berchtesgadener Land GmbH
- Kliniken Südostbayern AG und deren Tochterunternehmen

Gemäß Art. 82 Abs. 3 Satz 4 LKrO wird darauf hingewiesen, dass jeder Einsicht in diesen Beteiligungsbericht nehmen kann (Landratsamt Berchtesgadener Land, Salzburger Str. 64, Bad Reichenhall, Zimmer Nr. 29, während der üblichen Öffnungszeiten).

Bad Reichenhall, den 17. Mai 2024
Landratsamt Berchtesgadener Land

Bernhard Kern, Landrat

Bek. Nr. 4

Landratsamt Berchtesgadener Land

Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung des Landkreises Berchtesgadener Land (Abfallgebührensatzung - AbfGebS)

Der Landkreis Berchtesgadener Land erlässt aufgrund der Art. 7 Abs. 2 und 5 des Bayerischen Abfallgesetzes (BayAbfG) in Verbindung mit Art. 1 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) folgende Gebührensatzung:

§ 1 Gebührenerhebung

¹Der Landkreis Berchtesgadener Land erhebt für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen Gebühren. ²Zu den Entsorgungseinrichtungen im Bringsystem gehören u.a. die Wertstoffinseln und Wertstoffhöfe im Landkreis, die Deponie Bischofswiesen-Winkl sowie die Müllumladestation in Freilassing-Hofham. ³Zu den Entsorgungseinrichtungen im Holsystem gehört unter anderem die sog. Restmülltonne, die Restabfall- und Windsäcke, die Biotonne sowie die Altpapiertonne.

§ 2 Gebührensschuldner

(1) Gebührensschuldner ist, wer die Abfallentsorgungseinrichtungen des Landkreises nutzt.

- (2) ¹Bei der Abfallentsorgung im Bring- und im Holsystem gilt der Eigentümer oder der dinglich Nutzungsberechtigte des an die Abfallentsorgung des Landkreises angeschlossenen Grundstücks als Benutzer. ²Bei Verwendung von Restabfall- oder Windsäcken nach § 5 Abs. 7 ist der Erwerber, bei Selbstanlieferungen von Abfällen nach § 5 Abs. 10 sind der Abfallerzeuger und der Anlieferer (Überlasser) Benutzer. ³Die Abfallentsorgung des Landkreises benutzt auch derjenige, dessen unzulässig behandelte, gelagerte oder abgelagerte Abfälle der Landkreis entsorgt.
- (3) ¹Miteigentümer und andere dinglich Nutzungsberechtigte eines angeschlossenen Grundstücks sowie Wohnungs- und Teileigentümer i. S. des Wohnungseigentumsgesetzes bzw. mehrere Benutzer sind Gesamtschuldner. ²Der Gebührenbescheid über die gesamte Gebührenforderung kann an den Wohnungseigentumsverwalter gerichtet werden. ³Im Fall des § 15 Abs. 6 der Abfallwirtschaftssatzung wird der Bescheid über die Gesamtgebühr an den Grundstückseigentümer, sonstigen Nutzungsberechtigten (§ 1 Abfallwirtschaftssatzung) oder den benannten Anschlusspflichtigen des Standortgrundstücks des Abfallbehältnisses (§ 15 Abs. 6 Satz 2 Abfallwirtschaftssatzung) gerichtet.

§ 3 Gebührentatbestand

¹Eine Gebühr wird für jede Benutzung der Abfallentsorgung des Landkreises erhoben. ²Die Gebühr ist auch dann zu entrichten, wenn die bereitgestellten Tonnen, insbesondere Restmüllbehälter, oder Restmüllsäcke nicht oder nicht regelmäßig zur Abholung bereitgestellt werden. ³Beginn und Ende der Benutzung sind dem Landkreis oder seinem Beauftragten anzuzeigen. ⁴Als Anzeigen gelten die Annahme bzw. Rückgabe der Behälter. ⁵Bei Selbstanlieferung entsteht die Gebührenschuld mit der Übergabe der Abfälle.

§ 4 Gebührenmaßstab

- (1) Die Gebühr für die Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem richtet sich nach der Anzahl und dem Fassungsvermögen der Restabfallbehältnisse die vorhanden sind bzw. die nach § 15 Abfallwirtschaftssatzung (AbfWS) vorhanden sein müssen und der Häufigkeit der Abfuhr bzw. nach der Anzahl der Restabfall- bzw. Windsäcke.
- (2) Bei der Entsorgung im Bringsystem und bei der Selbstanlieferung von Abfällen sowie bei der Entsorgung unzulässig behandelte, gelagerter oder abgelagerter Abfälle (§ 2 Abs. 2 Satz 3) bestimmt sich die Gebühr nach der Menge der Abfälle, gemessen in Kilogramm oder jeweiliger Maßeinheit.

§ 5 Gebührensatz

- (1) Die Gebühr für die Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem beträgt bei vierzehntägiger Abfuhr der Restabfallbehältnisse:
- | | monatlich | bzw. jährlich |
|--|-----------|---------------|
| 1. bei einer Müllnormtonne 60 Liter | 13,69 € | 164,28 € |
| 2. bei einer Müllnormtonne 80 Liter | 17,11 € | 205,32 € |
| 3. bei einer Müllnormtonne 120 Liter | 23,93 € | 287,16 € |
| 4. bei einer Müllnormtonne 240 Liter | 46,14 € | 553,68 € |
| 5. bei einer Müllnormtonne 770 Liter | 141,79 € | 1.701,48 € |
| 6. bei einer Müllnormtonne 1.100 Liter | 198,11 € | 2.377,32 € |
- (2) Die Gebühr für die Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem beträgt bei vierwöchentlicher Abfuhr der Restabfallbehältnisse:
- | | monatlich | bzw. jährlich |
|--------------------------------------|-----------|---------------|
| 1. bei einer Müllnormtonne 60 Liter | 8,83 € | 105,96 € |
| 2. bei einer Müllnormtonne 80 Liter | 10,62 € | 127,44 € |
| 3. bei einer Müllnormtonne 120 Liter | 14,20 € | 170,40 € |
| 4. bei einer Müllnormtonne 240 Liter | 26,68 € | 320,16 € |
- (3) Die Gebühr für die Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem beträgt bei wöchentlicher Abfuhr der Restabfallbehältnisse:
- | | monatlich | bzw. jährlich |
|--|-----------|---------------|
| 1. bei einer Müllnormtonne 770 Liter | 273,22 € | 3.278,64 € |
| 2. bei einer Müllnormtonne 1.100 Liter | 385,87 € | 4.630,44 € |
- (4) Die Gebühr nach den Absätzen 1, 2 und 3 umfasst jeweils bei einer Müllnormtonne mit 60, 80 und 120 Litern auch eine Biotonne mit 80 Litern, bei einer Müllnormtonne mit 240 Litern auch eine Biotonne mit 120 Litern und bei Müllnormgroßbehältern mit 770 und 1.100 Litern auch eine Biotonne mit 240 Litern.
- (5) ¹Auf schriftlichen Antrag werden zur Restmülltonne größere oder zusätzliche Biotonnenvolumen als die in Satz 1 genannten gegen Gebühr bereitgestellt. ²Die jährliche zusätzliche Gebühr beträgt:
- | | |
|--|------------|
| 1. Bei einer Volumenerhöhung von 80 Liter auf 120 Liter | 20,00 EUR |
| 2. Bei einer Volumenerhöhung von 120 Liter auf 240 Liter | 60,00 EUR |
| 3. zusätzliche 80 Liter Tonne oder 120 Liter Tonne | 40,00 EUR |
| 4. zusätzliche 240 Liter Tonne | 100,00 EUR |
- (6) ¹Auf schriftlichen Antrag ermäßigt sich die Gebühr nach Absatz 1, 2 und 3, sofern der Gebührenschuldner glaubhaft macht, dass grundsätzlich alle auf dem angeschlossenen Grundstück anfallenden kompostierbaren Abfälle durch Eigenkompostierung verwertet werden. ²Voraussetzung für die Befreiung ist die Verbringung des Eigenkomposts auf ausreichend großem unbebauten Grundstück mit gärtnerischer oder haushaltsbezogener Benutzung. Landwirtschaftlich genutzte Flächen werden nicht berücksichtigt. ³Die Ermäßigung bei wöchentlicher oder 14-tägiger Restmüllleerung beträgt jährlich:
- | | |
|---------------------------------|---------|
| 1. bei einer Biotonne 80 Liter | 20,04 € |
| 2. bei einer Biotonne 120 Liter | 30,00 € |
| 3. bei einer Biotonne 240 Liter | 60,00 € |

⁴Die Ermäßigung bei 4-wöchentlicher Restmüllleerung beträgt die jeweilige Hälfte aus Satz 3.

(7) Die Gebühr für die Abfallentsorgung unter Verwendung von zugelassenen Abfallsäcken beträgt pro Sack:

1. für Restabfall mit 70 Liter Fassungsvermögen 5,50 €,
2. für Windeln und Inkontinenzabfälle mit 70 Liter Fassungsvermögen 1,50 €.

(8) ¹Die Gebühr für zusätzliche zugelassene Restabfallbehältnisse (Saisonbehälter) beträgt bei 14-tägiger Leerung für die Mindestnutzungsdauer von 5 Kalendermonaten pro Kalenderjahr:

1. bei einer Müllnormtonne 60 Liter 56,35 € und 11,27 € für jeden weiteren Monat,
2. bei einer Müllnormtonne 80 Liter 75,10 € und 15,02 € für jeden weiteren Monat,
3. bei einer Müllnormtonne 120 Liter 112,65 € und 22,53 € für jeden weiteren Monat,
4. bei einer Müllnormtonne 240 Liter 225,30 € und 45,06 € für jeden weiteren Monat.

²Der Saisonbehälter ersetzt nicht die Restmülltonne. ³Die Nutzung von Saisontonnen ist auf 8 Kalendermonate pro Kalenderjahr begrenzt.

(9) Zusätzliche, über die Anspruchsvoraussetzungen des § 15 Abs. 3 Satz 3 Abfallwirtschaftssatzung hinausgehende Behältnisse für Altpapier (Papiertonnen) sind unentgeltlich.

(10) ¹Die Gebühr für die Entsorgung von selbstangelieferten überlassenen Abfällen zur Verwertung und Beseitigung bei den hierfür zugelassenen Entsorgungseinrichtungen beträgt bei:

1. Altreifen
ohne Felge je Reifen pauschal 5,00 EUR
mit Felge je Reifen pauschal 7,00 EUR
2. Altholz A1 bis A3
 - Kleinstmengen, maximal 120kg (Wiegung über Palettenwaage, Kleinwaagen, etc.)
Mindestgebühr bis 10 kg pauschal 2,00 EUR
je weitere angefangene 5 kg 1,00 EUR
 - Kleinmengen und Großmengen (Wiegung an der Fahrzeugwaage)
Mindestgebühr bis 100 kg pauschal 15,00 EUR
je Tonne 150,00 EUR
3. Sperrmüll und anderen Abfällen zur thermischen Behandlung:
 - Kleinstmengen, maximal 120kg (Wiegung über Palettenwaage, Kleinwaagen, etc.)
Mindestgebühr bis 10 kg pauschal 4,00 EUR
je weitere angefangene 4 kg 1,00 EUR
 - Kleinmengen und Großmengen (Wiegung an der Fahrzeugwaage)
Mindestgebühr bis 100 kg pauschal 24,00 EUR
je Tonne 260,00 EUR
4. Dämmmaterial und künstlichen Mineralfaserabfällen (KMF), die Asbest enthalten (AVV 170601, AVV 170603):
 - bis 100 kg pauschal 80,00 €
 - je Tonne 500,00 €
5. Asbestzementabfälle, asbesthaltige Baustoffe und Inertabfällen (u.a. AVV 170605), z. B. Eternitplatten
 - bis 100 kg pauschal 50,00 €
 - je Tonne 350,00 €
6. inerten Abfällen, die die Zulassungskriterien der Deponieklasse 0 der Deponieverordnung erfüllen:
 - bis 100 kg pauschal 30,00 €
 - je Tonne 200,00 €

²Anlieferungen unterhalb der Mindestlast der Waagen von 10 kg an den Wertstoffhöfen (Palettenwaage, Kleinwaage, etc.) bzw. 100 kg an den Fahrzeugwaagen werden mit der jeweiligen Mindestgebühr verrechnet. ³Soweit die Entsorgung angelieferter Abfälle einen zusätzlichen Einbau- und/oder Sortieraufwand bzw. einen sonstigen Aufwand erforderlich macht, wird eine zusätzliche Gebühr in Höhe von 70 € je Personalstunde und 100 € je Maschinenstunde erhoben.

(11) ¹Die An-/Um- oder Abmeldung von zugelassenen Restabfall- oder/und Wertstoffbehältnissen ist innerhalb eines Kalenderjahres einmal gebührenfrei. ²Für jede weiteren An-/Um-/Abmeldevorgang innerhalb eines Kalenderjahres beträgt die Gebühr 44 € pro Vorgang. ³Für Um- oder Abmeldungen sowie Reparaturen bei denen trotz Terminmitteilung keine ordnungsgemäße Bereitstellung des Restabfall- oder/und Wertstoffbehältnisses durch den Anschlussnehmer erfolgt, beträgt die Gebühr für die erfolglose Anfahrt 75 € pro Vorgang.

(12) ¹Für Behältnisse, die mit einem Schlosssystem ausgestattet erstmalig gestellt werden, wird eine einmalige Gebühr von 20,00 EUR pro Behälter erhoben. ²Für die Nachrüstung eines bereits auf dem Grundstück befindlichen Behältnisses mit einem Schlosssystem oder bei erforderlichen Austausch des Schlosses, z.B. wegen Beschädigung, wird eine einmalige Gebühr von 65,00 EUR pro Behälter bzw. Schloss erhoben. ³Die Bereitstellung des Schlosssystems erfolgt mit einem Schlüssel. ⁴Für die Bereitstellung von zusätzlichen Schlüsselrohlingen oder Ersatzschlüssel bei Verlust wird eine einmalige Gebühr von 10,00 EUR je Schlüsselrohling erhoben. ⁵Abs. 11 Satz 2 bleibt unberührt.

(13) ¹Für Bioabfalltonnen, die mit einem Filterdeckel ausgestattet erstmalig gestellt werden, wird eine einmalige Gebühr von 30,00 € erhoben. ²Für die Nachrüstung eines bereits auf dem Grundstück befindlichen Behältnisses mit einem Filterdeckel wird eine einmalige Gebühr von 75,00 € erhoben. ³Für das turnusmäßig auszutauschende Filtermaterial wird eine jährliche Gebühr von 6,60 EUR erhoben. ⁴Abs. 11 Satz 2 bleibt unberührt.

(14) ¹Für die Behebung von Schäden an den Schlössern, den Deckel oder den Tonnen durch den Benutzer bzw. Schäden die dem Benutzer anzurechnen sind, einschließlich Verlust der Tonne, wird je gemeldeten Schadensfall eine pauschale Bearbeitungsgebühr in Höhe von 50,00 EUR erhoben zuzüglich einer Bereitstellungsgebühr in Höhe von 75,00 EUR je 60/ 80/

120/ 240 Liter-Tonne bzw. 200,00 EUR für einen 770/ 1100 Liter-Container. ²Bei mehreren beschädigten Tonnen, Schließern, etc., die gleichzeitig gemeldet werden, wird eine pauschale Bearbeitungsgebühr von 75,00 EUR fällig zuzüglich der in Satz 1 genannten Bereitstellungsgebühr je Tonne bzw. Container.

§ 6 Entstehen der Gebührenschuld

- (1) ¹Bei der Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem entsteht die Gebührenschuld erstmals mit Inkrafttreten dieser Satzung, für später hinzukommende Schuldner erstmals bei Eintritt des Gebührentatbestandes bis zum 15. Tag des Kalendermonats mit Beginn dieses Kalendermonats, bei Eintritt des Gebührentatbestandes nach dem 15. Tag des Kalendermonats mit Beginn des folgenden Kalendermonats; im Übrigen fortlaufend mit Beginn eines Monats. ²Endet der Gebührentatbestand im Laufe eines Monats, so besteht die Gebührenschuld bis zum Ende des laufenden Monats. ³Satz 1 gilt entsprechend, wenn sich die Umstände gem. § 4 Abs. 1 ändern.
- (2) Bei Verwendung von Säcken im Sinne des § 5 Abs. 7 entsteht die Gebührenschuld mit der Abgabe des Sackes an den Benutzer.
- (3) Bei der Selbstanlieferung von Abfällen (§ 5 Abs. 10) entsteht die Gebührenschuld mit Übergabe der Abfälle.
- (4) Bei Inanspruchnahme der Leistungen gem. § 5 Abs. 11 bis Abs. 14 entsteht die Gebührenschuld mit Durchführung des Vorgangs.
- (5) Bei Entsorgung unzulässig behandelter, gelagerter oder abgelagerter Abfälle (§ 2 Abs. 2 Satz 3) entsteht die Gebührenschuld mit dem Abtransport durch den Landkreis bzw. durch dessen Beauftragten.

§ 7 Fälligkeit der Gebührenschuld

- (1) Die Gebühren für die Abfallentsorgung im Holsystem sind mit der jeweils auf das laufende Quartal entfallende Gebühr fällig am 01.02., 01.05., 01.08. und 01.11. jeden Jahres, frühestens jedoch einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides.
- (2) Bei der Abfallentsorgung unter Verwendung von zusätzlichen Abfallsäcken, bei der Abfallentsorgung durch Nutzung eines weiteren zugelassenen Abfallbehältnisses, bei der Selbstanlieferung, bei der Entsorgung unzulässig angelieferter, behandelter, gelagerter oder abgelagerter Abfälle, bei gebührenpflichtigen Änderungen der Behälter wird die Gebühr mit dem Entstehen der Gebührenschuld fällig.

§ 8 Inkrafttreten

¹Diese Satzung ersetzt die Satzung vom 27.09.2018, zuletzt geändert am 05.10.2021, und tritt nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Berchtesgadener Land auch rückwirkend zum 01.07.2024 in Kraft. ²Die Satzung vom 27.09.2018, zuletzt geändert am 05.10.2021, tritt dann zum 30.06.2024 außer Kraft.

Bad Reichenhall, den 22. Mai 2023
Landratsamt Berchtesgadener Land

Bernhard Kern, Landrat

Bek. Nr. 5

Stadt Bad Reichenhall

Öffentliche Bekanntmachung einer Baugenehmigung Aufstockung des bestehenden Möbelhauses mit einem zurückgesetzten Dachgeschoss Bad Reichenhall, Münchner Allee 34

Die Stadt Bad Reichenhall hat für folgendes Bauvorhaben mit dem Bescheid vom eine Baugenehmigung mit Nebenbestimmungen erteilt:

BV-Nr.:	BGS-119-2021
Bauherr:	xxx
Vorhaben:	Aufstockung des bestehenden Möbelhauses mit einem zurückgesetzten Dachgeschoss
Grundstück:	Münchner Allee 34
Flur-Nr.:	343, 343/1
Gemarkung:	Sankt Zeno

Im vorliegenden Fall sind mehr als 20 Beteiligte bzw. beteiligte Nachbarn vorhanden. Das Stadtbauamt Bad Reichenhall macht daher von der Möglichkeit des Art. 66 Abs. 2 Satz 4 Bayerischen Bauordnung Gebrauch, an Stelle einer Einzelzustellung der Baugenehmigung den betroffenen Nachbarn, einschließlich den Inhabern von Grundstücksgleichen Rechten nach Art. 66 Abs. 1 Satz 1 Bayerischen Bauordnung, die Baugenehmigung durch öffentliche Bekanntmachung bekanntzugeben. Betroffen ist das Grundstück mit der Flur-Nr. 345, 344, 141 der Gemarkung Sankt Zeno.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München erhoben werden.

Dafür stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

a) Schriftlich oder zur Niederschrift

Die Klage kann schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Anschrift lautet:

Bayerisches Verwaltungsgericht München
Postfachanschrift: Postfach 20 05 43, 80005 München
Hausanschrift: Bayerstr. 30, 80335 München

b) Elektronisch

Die Klage kann beim Bayerischen Verwaltungsgericht in München auch elektronisch nach Maßgabe der der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de) zu entnehmenden Bedingungen erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, die Beklagte (Stadt Bad Reichenhall) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen bei schriftlicher Einreichung oder Einreichung zur Niederschrift Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Gemäß § 212 a Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) hat die Anfechtungsklage eines Dritten gegen diesen Bescheid keine aufschiebende Wirkung. Beim Bayer. Verwaltungsgericht München, Postfach 20 05 43, 80005 München, oder Bayerstraße 30, 80335 München, kann ein Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung gestellt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Weitere Hinweise:

Mit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Berchtesgadener Land gilt die Zustellung der Baugenehmigung als bewirkt. Diese Bekanntmachung ist zudem auf der Internetseite der Stadt Bad Reichenhall zu finden unter www.stadt-bad-reichenhall.de (Rathaus online / Bekanntmachungen).

Die Baugenehmigung und die genehmigten Planunterlagen können während der allgemeinen Dienststunden beim Stadtbauamt Bad Reichenhall, Neues Verwaltungsgebäude, Rathausplatz 8, 83435 Bad Reichenhall, II. Stock, Zimmer 212 eingesehen werden. Eine vorherige Terminvereinbarung, Telefon 08651 775-264, ist erforderlich.

Bad Reichenhall, den 16. Mai 2024
Stadt Bad Reichenhall

Dr. Christoph Lung, Oberbürgermeister

Bek. Nr. 6

Stadt Bad Reichenhall

**Bodenrichtwertliste zum Stichtag 01.01.2024;
Öffentliche Auslegung gemäß § 12 Abs. 2 Gutachterausschussverordnung (BayGaV)**

Der Gutachterausschuss für den Landkreis Berchtesgadener Land hat die Bodenrichtwerte für baureifes Land sowie für forst- und landwirtschaftliche Flächen zum Stichtag 01.01.2024 ermittelt und eine Bodenrichtwertliste erstellt.

Die Bodenrichtwertliste für die Stadt Bad Reichenhall liegt von

Mittwoch, den 29. Mai 2024 bis Montag, den 01. Juli 2024

im Rathaus der Stadt Bad Reichenhall (Neues Rathaus, Rathausplatz 8, Zimmer 105) während der allgemeinen Dienststunden oder nach telefonischer Vereinbarung unter 08651/775-273 eingesehen werden.

Auf das Recht, von der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses des Landkreises Berchtesgadener Land, Salzburger Str. 64, 83435 Bad Reichenhall, Auskunft über die Bodenrichtwerte zu verlangen, wird hingewiesen (§ 196 Abs. 3 Satz 2 BauGB).

Die beschlossenen Bodenrichtwerte sind gebührenfrei über das Internetportal <http://www.bodenrichtwerte.bayern.de> einsehbar. Die Veröffentlichung der aktuellen Bodenrichtwerte im Internet wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Bad Reichenhall, den 21. Mai 2024
Stadt Bad Reichenhall

Dr. Christoph Lung, Oberbürgermeister

Bek. Nr. 7

Gemeinde Ainring

Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung der Bodenrichtwertliste zum Stand 01. Januar 2024 gemäß § 12 Abs. 2 Gutachterausschussverordnung (BayGaV)

Der Gutachterausschuss des Landkreises Berchtesgadener Land hat die Bodenrichtwerte für baureifes Land sowie für forst- und landwirtschaftliche Grundstücke zum Stichtag 01.01.2024 ermittelt und eine neue Bodenrichtwertliste erstellt.

Der Auszug aus der Bodenrichtwertliste für die Gemeinde Ainring liegt in der Zeit vom

Mittwoch, den 29. Mai 2024 bis Montag, den 01. Juli 2024

im Rathaus der Gemeinde Ainring, Mitterfelden, Salzburger Straße 48, 1. Obergeschoss, Zimmer Nr. 105 und 106 während der allgemeinen Dienststunden öffentlich zur Einsichtnahme aus.

Auf das Recht, von der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses des Landkreises Berchtesgadener Land, Salzburger Str. 64, 83435 Bad Reichenhall, Auskunft über die Bodenrichtwerte zu verlangen, wird hingewiesen (§ 196 Abs. 3 Satz 2 BauGB).

Die beschlossenen Bodenrichtwerte sind gebührenfrei über das Internetportal <http://www.bodenrichtwerte.bayern.de> einsehbar. Die Veröffentlichung der aktuellen Bodenrichtwerte im Internet wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Mitterfelden, den 22. Mai 2024
Gemeinde Ainring

Rosemarie Bernauer, Zweite Bürgermeisterin
